

ANFRAGE von Adrian Bergmann (SVP, Meilen), Theresia Weber-Gachnang (SVP, Uetikon a. S.) und Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)

betreffend Kriegserklärung in der Verkehrspolitik an die Landbezirke

Die Einigelung der Stadt Zürich wird unter der Leitung von Ruth Genner, sekundiert vom linken Gesamtstadtrat, immer intensiver vorangetrieben. Einer laufenden Ausschreibung kann entnommen werden, dass der Utoquai stadteinwärts von 3 auf 2 Spuren reduziert werden soll. Zusätzlich wird auf weiteren Strassen rund um das Bellevue der Individualverkehr/jegliche Zirkulation mit Motorfahrzeugen immer mehr verunmöglicht. Ganz zu schweigen vom Abbau von Parkplätzen am Theaterplatz, im Seefeld und in der Innenstadt wie z.B. am Münsterhof.

Begründet wird der Parkplatzrückbau jeweils mit dem höchst fragwürdigen «Historischen PP-Kompromiss».

Die eigentliche Ursache liegt aber in einer aggressiven verkehrsfeindlichen Politik, welche die Motorfahrzeuge aus der Stadt Zürich verbannen will.

Für die Landbevölkerung und insbesondere für den Bezirk Meilen ist das Verhalten der Stadt Zürich in mehrfacher Hinsicht eine Provokation, die nicht länger hingenommen werden kann. Einerseits strebt man nach einem höheren Beitrag aus dem Finanzausgleich, andererseits erklärt man den beitragszahlenden Gemeinden den Krieg. Eine zunehmende Opposition gegen eine weitere Finanzierung der Stadtzürcher Politik ist verständlich und die logische Folge.

Dieses überhaupt nicht freundschaftliche Verhalten ruft nach Korrekturen und es stellt sich die Frage, ob die Stadt Zürich nicht unter «Vormundschaft» gestellt werden muss. Vielleicht müssen die Landbezirke den Stadtzürchern die Ausflüge aufs Land oder die Durchfahrt ins Skigebiet erschweren.

Der Bezirk Meilen als grösster Beitragszahler wird nun in der Verkehrsanbindung zusätzlich gestraft. Auf der Seestrasse kann oft nur im Schrittempo gefahren werden. Der Flaschenhals Rapperswil/Seedamm und auch die Fähre haben die Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Verkehrssituation ist insofern katastrophal, als kein Anschluss an das Nationalstrassennetz besteht, welches den Verkehrsfluss aufnehmen könnte.

Der Regierungsrat ist nun gefordert, da die Stadt Zürich ihren Verpflichtungen gemäss Strassengesetz nicht mehr nachkommt.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was gedenkt der Regierungsrat gegen diese Provokation zu unternehmen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, diesen Rückbau am Utoquai auf 2 Spuren zu verhindern?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sein Ermessen im Rahmen des Gesetzes (z.B. §50) wahrzunehmen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, Städten jegliche Unterstützung zu verwehren, welche ihrer Verpflichtung in der Verkehrspolitik nicht nachkommen?
5. Was gedenkt der Regierungsrat kurz- und mittelfristig zu unternehmen
 - a) um die Behinderungen bei den Zu- und Wegfahrten im Bezirk Meilen abzubauen?
 - b) damit der Bezirk Meilen eine Anbindung an das HLS-Netz erhält?

6. Wo liegen die teuer abgegoltenen Leistungen, welche die Stadt Zürich dem Bezirk Meilen erbringt?

Adrian Bergmann
Theresia Weber
Claudio Zanetti